

Bilanz Juni 2019 – Juni 2020

Ausgangssituation

Nach den Kommunalwahlen 2019 hat sich die Position der Potsdamer LINKEN, aber auch die Situation und Dynamik in der Stadtverordnetenversammlung grundlegend verändert. Mit SPD, Grünen und LINKEN. liegen in der SVV drei Parteien nahezu gleichauf, stellen beinahe gleichstarke Fraktionen. Erstmals hat sich mit einer rot-rot-grünen Rathauskooperation die politische Grundausrichtung der SVV verändert und an diesen strukturell schon immer vorhandenen Kräfteverhältnissen orientiert.

DIE LINKE. hatte in ihrem Kommunalwahlprogramm klare Schwerpunkte gesetzt: bezahlbares Wohnen – überall in der Stadt, der Ausbau der sozialen Infrastruktur orientiert am realen Wachstum, die Weiterentwicklung des ÖPNV und die Stärkung kommunaler Unternehmen. Viele dieser Zielstellungen und daraus erwachsende Projekte fanden auch Eingang in die Kooperationsvereinbarung mit SPD und Grünen. 91% der Mitglieder des Kreisverbandes stimmten der Vereinbarung zu und erteilten damit gleichzeitig einen klaren, Arbeitsauftrag an die Fraktion. Dem haben wir uns gestellt.

Unsere Erfolge im ersten Jahr

Es ist erkennbar, dass eine Verschiebung der politischen Prioritätensetzung in der Stadt stattfindet. Bei unseren politischen Schwerpunktthemen konnten wir klare Akzente setzen – zum Teil auch in der Realisierung von Initiativen, die uns bereits in der letzten Legislaturperiode beschäftigt haben.

Wohnen

Die von unserer Fraktion hartnäckig eingeforderte Einrichtung einer Wohnungstauschzentrale wird nun endlich realisiert. Vor allem in grundsätzlichen Fragen hat ein Prozess der Umsteuerung begonnen. Die Stärkung des kommunalen Wohnungsbaus und der Genossenschaften zeigt sich zum Beispiel ganz aktuell im Vergabeverfahren für den Block IV im Quartier Potsdamer Mitte. Zwei große Teilbereiche werden direkt an die PRO Potsdam für dauerhaft kommunalen Wohnungsbau bzw. an das Land für die Errichtung studentischen Wohnraums vergeben. Für die Lose 3 und 4 kommt eine Konzeptvergabe zur Anwendung, die so ausgestaltet ist, dass genossenschaftliche Modelle und eine möglichst langfristige Mietbindung für die entstehenden Wohnungen gesichert wird. Die Mindestanteile von mietpreisgebundenem und mietpreisgedämpftem Wohnraum sind dabei festgeschrieben.

Mit der Auseinandersetzung um die Wollestraße haben wir auch ein Zeichen für kleinteilige und selbstverwaltete alternative Wohnprojekte gesetzt. Der Weg eines Zwischenerwerbs durch die Stadt, um diese Immobilien dem Markt und der Spekulation zu entziehen und anschließend Gemeinschaftsprojekten zu übergeben, ist nun eröffnet.

Erstmals sind im kommenden Doppelhaushalt erhebliche Mittel für einen systematischen Ankauf von Flächen vorgesehen. Gleichzeitig haben wir eine weitgehende Abkehr von Flächenverkäufen erreicht. Ausnahme sind die Entwicklungs- und Sanierungsgebiete, die dem besonderen Städtebaurecht unterliegen und erhebliche Bereiche bzw. Entwicklungspotenziale der Stadt umfassen. Damit einen verantwortungsvollen und am Gemeinwohl orientierten Umgang zu finden, ist eine wichtige Aufgabe für die nächsten Jahre. Erstmals hat die Stadt mit diesen Instrumenten wieder die Möglichkeit, aktive Bodenpolitik zu betreiben. In einem bereits geplanten Werkstattverfahren sollen die schon

vorhandenen Instrumente wie die Leitlinie Grundstücksverkäufe oder das Potsdamer Baulandmodell weiterentwickelt und unter anderem um eine Strategie für Flächenankäufe ergänzt werden.

Mit mehreren erfolgreichen Anträgen zielten wir außerdem darauf ab, das Instrumentarium der Stadt zur Verhinderung von Zweckentfremdung, Mietsteigerungen und Luxussanierungen zu erweitern. Erstmals in Potsdam wurde auf Initiative der LINKEN ein Beschluss zur Aufstellung einer Sozialen Erhaltungssatzung gefasst. Mit diesem Beschluss können wertsteigernde und Luxusmodernisierungen, die die bestehende soziale Bevölkerungsstruktur zerstören können, für ein Jahr zurückgestellt werden. Der kürzlich gefasste Aufstellungsbeschluss einer Sozialen Erhaltungssatzung im Bereich südlich vom Hauptbahnhof bis teilweise hinein nach Babelsberg.

Soziales

Die Durchsetzung der Rückkehr des städtischen Klinikums Ernst von Bergmann in den TVÖD und die entsprechende Beschlussfassung zu beiden Bürgerbegehren ist ein großer Erfolg. Die rechtlichen und wirtschaftlichen Hürden bei der Umsetzung dieses Beschlusses sind eine große Herausforderung. Unsere Aufgabe ist es, hier konsequent am Ball zu bleiben. Mit dem Corona-Ausbruch ist das städtische Klinikum zusätzlich in eine Krise geraten. Die Sicherung einer kommunalen Zukunft des Hauses ist für uns ein unverzichtbares Anliegen.

Viele Jahre haben wir uns für die Rückkehr der Kommune in die Trägerschaft von Kindertagesstätten eingesetzt. Die Gründung eines städtischen Eigenbetriebes ist nun auf den Weg gebracht. Voraussichtlich 2021/22 wird Potsdam erstmals wieder eine eigene Kita unterhalten. Die Kita-Finanzierung und die Beitragsordnung beschäftigen uns nach wie vor in erheblichem Umfang. Mit dem Verlust einer einheitlichen Elternbeitragsordnung für die gesamte Stadt zum Kitajahr 2020/21 haben diese Bemühungen einen erheblichen Rückschlag erlitten. Mit mehreren Anträgen zu den Themenkreisen Essensversorgung, Ferienhorte und Tagespflege haben wir für gerechtere Lösungen gestritten. Unser Fokus bleibt weiterhin: eine gerechte und für alle Familien einheitliche Beitragssatzung und letztlich die Abschaffung der Elternbeiträge. Das kann allerdings die Kommune allein nicht stemmen.

Ein stärkeres Gewicht in der Fraktionsarbeit hat das Thema Gleichstellung erhalten. Erfolgreich auf den Weg gebracht haben wir unter anderem Maßnahmen zur paritätischen Besetzung der Fachbereichsleitungen, der Einführung von Co-Leadership-Modellen und Prüfung der Entgeltgleichheit. Die Anträge schaffen die Basis für eine Erhöhung der Gerechtigkeit für qualifizierte Frauen sowie für eine gerechte Bezahlung für gleiche Arbeit für alle. Mit Co-Leadership-Modellen soll vor allem die Vereinbarkeit von Beruf und Familie deutlich verbessert werden.

Mit dem Prüfauftrag zur Einrichtung eines Familienbüros haben wir zudem einen ersten Schritt hin zur Zusammenführung Familien- und kindbezogener Dienstleistungen und Beratungsangebote auf den Weg gebracht. Diese auch dezentral in den Stadt- und Ortsteilen anzubieten, ist eine künftige Aufgabe.

ÖPNV & Mobilität

Der Um- und Ausbau des ÖPNV in der Stadt war ein weiterer Schwerpunkt der Fraktionsarbeit. Es ist uns ebenfalls gelungen, erste Schritte in Richtung eines ticketfreien ÖPNV auf den Weg zu bringen – auch das ein wichtiges Ziel unseres Wahlprogramms. Die Verwaltung muss nunmehr ein Konzept für die Einführung des kostenfreien ÖPNV für Kinder und Jugendliche vorlegen. Daneben setzen wir uns kontinuierlich auch für Angebotsverbesserungen ein. Anknüpfungspunkte waren dabei unter anderem das Regional- und Fernbahnangebot, aber auch die Busanbindung insbesondere im Norden unserer Stadt. Zudem beschäftigten wir uns mit dem Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge, Abstellmöglichkeiten für Lastenräder und dem Radverkehrskonzept. Die von uns beantragte Machbarkeitsstudie zu Hybrid-Obussen – Ergebnis wird derzeit im Ausschuss besprochen.

Bildung & Sport

Den weiter notwendigen Ausbau der Infrastruktur bei Schulen und Kitas begleiten wir intensiv. Nach jahrelangen Bemühungen wird die Verwaltung zum Jahresende erstmals den Entwurf einer integrierten Schul- und Kita-Entwicklungsplanung vorlegen. Das haben wir als LINKE jahrelang gefordert. Auch die erfolgte Zusammenführung der Fachbereiche Bildung und Jugendamt – ebenfalls eine langjährige Forderung der LINKEN – halten wir trotz mancher Startschwierigkeiten der neuen Struktur für einen wichtigen Schritt zu einer optimalen Unterstützung von Kindern und Jugendlichen in unserer Stadt.

Der Flächenbedarf für Schulen, Sportanlagen und Kitas wird auch künftig zu Zielkonflikten führen. Umso wichtiger ist es, diese Bedarfe auch künftig frühzeitig und umfassend mitzudenken. Mit der Planung der Schulstandorte in Krampnitz und der Sicherung von Vorhalteflächen für ein Kiezbad im Norden der Stadt konnten wir hier Akzente setzen. Wir bemühen uns aktiv darum, bei der Planung neuer Standorte wie im Remisenpark oder am Bahnhof Rehbrücke, Anwohner*inneninteressen einzubeziehen und Beteiligung zu sichern.

Ein besonderer Erfolg unseres Engagements ist die Sicherung des Extaviums. Auch durch unseren hartnäckigen Einsatz konnte diese wichtige außerschulische Bildungseinrichtung gerettet werden und blickt nun mit neuer Trägerschaft in eine gesicherte Zukunft. Ebenso gelang es, die Projektionsanlage im Planetarium mittels einer Soforthilfe wieder funktionstüchtig zu machen.

Umwelt und Stadtentwicklung

Die Ausrufung des Klimanotstandes für die Landeshauptstadt war der erste Beschluss der neuen Stadtverordnetenversammlung. In vielen Aspekten und Einzelanträgen wird dieser Ansatz von der Rathauskooperation weiter vorangetrieben. Wirklich konkrete Schlussfolgerungen aus dem umfangreichen Arbeitsauftrag, den die Verwaltung mit dem Beschluss erhalten hat, stehen allerdings noch aus. Hier sind viele Bereiche zu berücksichtigen. In Bezug auf den Verkehr sind bereits konkrete Maßnahmen auf den Weg gebracht, insbesondere zur weiteren Entlastung der Innenstadt vom PKW-Verkehr. Ein wichtiger noch ausstehender Baustein ist ein Investitionsprogramm für umweltfreundliche Fahrzeuge im VIP, z.B. die Umstellung der Busflotte. Die klimafreundliche Energieerzeugung ist ein weiterer Schwerpunkt. Hier sind auch mit unserer Mitwirkung, insbesondere bei der Planung des neuen Stadtteils Krampnitz die richtigen Prioritäten gesetzt worden.

Eine auch für uns ganz zentrale Debatte in der Potsdamer Mitte hat eine neue Öffnung erfahren. Der Ort Garnisonkirche & Rechenzentrum wird in einem ergebnisoffenen Prozess erstmals zusammen gedacht. Klar ist schon jetzt: eine historische Rekonstruktion des Kirchenschiffs wird es nicht geben. Stattdessen hat das Rechenzentrum erstmals seit Jahren eine realistische Chance auf dauerhaften Erhalt – auch, weil unsere Fraktion in allen Diskussionen und Verhandlungen zum Verfahrensvorschlag des Oberbürgermeisters auf dieser Perspektive bestanden hat. Das ist ein wichtiges Signal für die Stadtgesellschaft.